



Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)

18. Mai 2012

Bayerisches Staatsministerium für
Wissenschaft, Forschung und Kunst

Herrn Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch
80327 München

Herrn Ministerialrat Dr. Burkhard von Urff
E-Mail: poststelle@stmwfk.bayern.de

wolfgang.heubisch@fdp-fraktion-bayern.de

- **Vortrag von Prof. Norman Stone am Völkerkundemuseum München (22.04. 2012) –**
- **Hier: Stellungnahme von Ministerialrat Dr. Burkhard von Urff vom 14.05.2012, Ihr Zeichen B3-K4220-12a/10 033 I**

Sehr geehrter Herr Heubisch,

sehr geehrter Herr Dr. von Urff,

ich danke Ihnen für Ihre Stellungnahme zu unserem Schreiben vom 19. April 2012.

Unsere Menschenrechtsorganisation vermag allerdings nicht nachzuvollziehen, dass das Vortragsthema dem Staatlichen Völkerkundemuseum München nicht bei Vertragsabschluss bzw. vor der Veranstaltung bekannt gewesen ist. Denn dieselben Medien, denen wir die Veranstaltung und vor allem ihre politische Intention entnehmen konnten, standen ja auch der Museumsleitung zur Verfügung bzw. wurden der Museumsleitung durch uns und andere mehr als eine Woche vor der Veranstaltung bekannt gegeben. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte die Museumsleitung den Vertrag mit der *UETD-Union of European Turkish Democrats Bayern. e.V.* einer kritischen Prüfung unterziehen müssen. Bei Vortäuschung falscher Tatsachen hätte die Museumsleitung zudem den Vertrag lösen können. Wie uns aber aus dem Briefwechsel des Stellvertretenden Museumsleiters Dr. Wolfgang Stein mit kritischen Bürgeranfragen deutlich wurde, hat dieser nicht nur vom Inhalt und Programm der Veranstaltung im Vorfeld gewusst, sondern dieses Programm auch im Namen der Meinungsvielfalt gerechtfertigt. Der Entschluss von Herrn Stein, an der Veranstaltung festzuhalten, mag auch dadurch hervorgerufen sein, dass das Museum diesen Referenten schon 2011 hat auftreten lassen.

Für uns war die das Festhalten von Herrn Stein an der Veranstaltung der Anlass zum Protest, da es im Fall von staatlich organisiertem Massenmord keinen Meinungspluralismus geben darf – dies wäre die Auflösung rechtstaatlicher Grundsätze.

Obwohl sich 166 Bürger/Innen an unserer Protestbriefaktion beteiligt hatten, blieb die Museumsleitung davon ungerührt und hat somit den Veranstaltern zu dem Erfolgserlebnis verholfen, in einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland mit Wissen und Billigung der Museumsleitung eine Leugnungsveranstaltung durchgeführt zu haben. Über den Inhalt und Verlauf dieser Veranstaltung informieren wir Sie mit dem von uns veröffentlichten kritischen Bericht einer armenischen Zuhörerin.¹

¹ Siehe http://www.aga-online.org/alert/attachments/A.Maniero_Vortrag_Stone_Protokoll_Kritik.pdf

Wie zu befürchten war, kam es im Verlauf des Vortrags von Prof. Norman Stone nicht nur zur Leugnung einer staatlich intentionierten Vernichtung der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches, sondern paradoxerweise auch zu deren Rechtfertigung: So verstieg sich Herr Stone zu der haarsträubenden und nicht hinnehmbaren Behauptung, dass die massenhafte Ermordung auch von Frauen, Kindern und alten Menschen gerechtfertigt war, um dem armenischen Nationalismus die Wurzeln abzuschlagen. Begreiflicherweise gelangt die Berichterstatterin, Frau Arpine Maniero, zu der Schlussfolgerung: **„Die von Prof. Stone mit tiefer Verachtung vorgetragenen Argumentationen waren schwer erträglich.“**

In der Genozidforschung gilt die Leugnung von Völkermord als integraler Bestandteil des Verbrechens selbst und bildet nach der fachwissenschaftlich anerkannten Typisierung des US-amerikanischen Forschers Gregory Stanton die letzte von acht Stufen, die zu diesem Verbrechen führen.²

Es tragen allerdings nicht nur Nachfahren der armenischen und anderen christlichen Opfergruppen regelmäßig Schaden von derartigen gezielten Leugnungsveranstaltungen in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Auf der Strecke bleibt regelmäßig auch die sachliche, wissenschaftliche Information, die durch Halb- und Unwahrheiten ersetzt wird. Auf der Strecke bleibt ebenfalls das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland und anderer europäischer Staaten, das von nationalistisch motivierten Genozidleugnern und Hassrednern mutwillig und gezielt provoziert wird, um es triumphalistisch als unwirksam vorzuführen. Damit wird geradezu zu einer Wiederholung, ja Steigerung eingeladen.

Uns bleibt abschließend nur der Appell an die politisch Verantwortlichen, ernsthaft darüber zu beraten, wie in Bayern künftig derartige Fehlentwicklungen verhindert werden können. Dazu sind wirksamere Prüfverfahren von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen bei der Raumvergabe an Dritte erforderlich, ebenso wie die Sensibilisierung für Themen, die auf eine öffentliche Leugnung von Völkermord schließen lassen.

Der unbefriedigende Umgang mit dem jüngsten Leugnungsbeispiel in einer staatlich deutschen Einrichtung bestätigt uns leider in der Annahme, künftig den Rechtsweg beschreiten zu müssen, um Mitbürger und den öffentlichen Frieden zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Tessa Hofmann

Vorsitzende

² Vgl. <http://www.genocidewatch.org/genocide/8stagesofgenocide.html>

